

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 25.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 60 Pf. eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241.

Hannover
Sonnabend, 13. Dezember 1902.

Geschäftsleiterat pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinhörst. 6.

11. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der Vorstand und Ausschuss haben, entsprechend dem auf dem letzten Verbandstage gefassten Beschuß, einstimmig bestimmt, für den Gau 13 (Württemberg) den Kollegen H. Wörner-Caustadt, für den Gau 16 (Hessenland-Westfalen) den Kollegen Jakob Fittgen, Ehrenfeld, als besoldete Gauvorsitzende anzustellen. — Es waren 16 Bewerbungen eingegangen; ein Bewerber war nicht Verbandsmitglied und schied in Folge dessen als Bewerber aus, ein anderer verstarb vor Statistiken der Wahl, so daß noch 14 Bewerber verblieben, von denen 4 in den in Frage kommenden Gauen ihren Wohnsitz hatten. Der Vorstand beschloß, die Bewerbung von dem Wohnsitz im Gau nicht abhängig zu machen, sodass die Schreiben aller Bewerber zur Prüfung zugelassen wurden. Entscheidend bei Beurtheilung der Beschränkung war die eingesandte schriftliche Arbeit über die Lösung der den Gauvorsitzenden zugewiesenen Arbeiten.

An die Bevollmächtigten und Mitglieder des Gaus 16!

Kollegen! Der Wohnsitz Eures neu gewählten Gauvorsitzenden ist in Ehrenfeld; da der Sitz des Gesamtgauvorstandes aber in Hagen ist, so müßte, wenn eine Sitzverlegung des Gauvorstandes nicht vorgenommen wird, der Gauvorsitzende nach Hagen übersiedeln. Da in Hagen dem Gauvorsitzenden nur eine sehr geringe Anzahl von Mitgliedern zur Mitarbeit zur Verfügung steht, während die Mitgliederzahl in Ehrenfeld als auch in Köln eine bedeutend größere ist, beschloß der Vorstand unter Zustimmung des Ausschusses, den Sitz des Gauvorstandes nach Köln zu versetzen. Ein Circular, das diesen Beschuß den Bevollmächtigten mitteilt, ist bereits verfaßt. Wir bitten alle Kollegen, diesem Beschuß, der nach Lage der Sache notwendig war, beizutreten und uns unverzüglich Nachricht über ihre Stellung zu geben.

Sollte die Mehrzahl der Kollegen mit dem Beschuße nicht einverstanden sein, so hat der Unterzeichnete Auftrag, zum 28. Dezember eine außerordentliche Konferenz nach Köln einzuberufen mit der Tagesordnung:

"Sitzverlegung des Gauvorstandes".

Weil die von uns für die Sitzverlegung angeführten Gründe jedem Kollegen einleuchten müssen, so hoffen wir, auch ohne Konferenz Zustimmung zu unserem Beschuß zu finden.

Mit kollegialischem Gruß

Aug. Brey.

Resultat der Urabstimmung.

Die Urabstimmung hat zur Ablehnung der Arbeitslosen-Unterstützung geführt. Von den nach Befragungen der Protokolle zur Zeit der Abstimmung in den Zahlstellen und Verbandsorten mit eingetragenen Mitgliedern, 39 944 an der Zahl, haben sich 25 400 = 64,59 Prozent an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 12 562 mit Ja, 12 838 mit Nein, sodass die Arbeitslosen-Unterstützung mit einem Sieg von 276 Stimmen abgelehnt worden ist.

Unser Bedauern müssen wir über jene 69 Zahlstellen aussprechen, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, oder sich wohl beteiligten, aber trotzdem die Zeit nicht fanden, um Stimmzettel und Protokolle einzusenden. Diese Unterlassung in einer so hochwichtigen Angelegenheit läßt einen Rückschluss auf den Eifer und die Pflichterfüllung der in Frage kommenden Kollegen zu, der ihnen wahrlich nicht zur Ehre gereicht.

Den Ausfall der Abstimmung haben wir uns anders gewünscht; wir sind fest davon überzeugt, daß die Arbeitslosen-Unterstützung nur die besten Folgen, für die Verbandsgenossen sowohl, als auch für den Verband haben kann. Indem dem Boden der Mehrheit haben wir uns zu jagen. Aber hoffen und wünschen dürfen wir, daß es uns in der Zeit bis zum nächsten Verbandstag gelingen wird, auch die ablehnende Mehrheit von der Notwendigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung zu überzeugen.

Zahlstelle	Mitglieder	Abgegebene Stimmen	Mit Ja	Mit Nein
Malen	10	4	4	—
Überstedt	33	20	12	8
Ufen	55	40	10	30
Ulself	19	6	5	1
Altenburg S.-H.	275	293	209	19
Altenhain	60	53	—	53
Althaldensleben	87	21	4	17
Altona	355	289	214	75
Alt-Wartburg	4	—	—	—
Ammendorf	43	32	25	7
Amöneburg	27	12	1	11

Zahlstelle	Mitglieder	Abgegebene Stimmen	Mit Ja	Mit Nein	Zahlstelle	Mitglieder	Abgegebene Stimmen	Mit Ja	Mit Nein
Anderten	40	32	12	20	Göppingen	107	66	50	16
Ansam	165	93	86	7	Gotha	47	25	12	5
Apenrade	174	123	32	91	Greppin	62	51	45	6
Arnsdorf	8	6	—	—	Gremmelsmühlen	21	18	4	14
Arschelsteben	120	107	93	14	Griesheim	96	57	19	37
Asendorf	84	48	46	2	Gumbinnen	53	1	1	27
Augsburg	68	60	45	15	Haderbleben	80	65	15	50
Badnang	8	—	—	—	Hagen i. W.	14	5	5	—
Baerby	29	—	—	—	Hainhausen	13	11	11	—
Barmbeck	918	584	213	371	Holzminden	59	—	—	—
Barmstedt	32	14	—	14	Holzstadt	237	203	175	28
Bauken	21	17	2	15	Hövelstadt	222	124	111	13
Bergedorf	775	552	108	444	Halle-N.	88	74	60	14
Berlin	403	288	248	40	Hamburg	400	228	128	105
Bernburg	290	227	179	48	Hamburg-St. Georg	475	388	62	326
Beucha	80	69	3	66	Hamburg-Hamm	482	395	142	253
Bieber	24	15	1	14	Hamburg-Uhlenhorst	240	111	46	65
Bieberach	8	7	6	1	Hameln	72	24	16	8
Biebrich a. Rh.	56	45	40	5	Hanau	50	—	—	—
Bielefeld	15	15	4	11	Hannover	78	—	—	—
Billwerder	12	12	1	11	Hannover N.-O.	830	170	65	105
Bitterfeld	44	28	17	11	Hamburg	1920	1455	641	914
Blankenburg	96	76	38	38	Hatzburg	20	16	7	9
Bodenkörsdorf	8	—	—	—	Hattingen	86	81	14	17
Böddingen	42	38	15	23	Hasselfeld	113	89	13	76
Bodenheim	36	—	—	—	Hochsheim	73	22	4	18
Borby	60	49	1	39	Hedderheim	52	46	14	32
Bornstedt	25	18	1	17	Heide i. H.	10	—	—	—
Braeke	27	21	18	3	Heidelberg	25	—	—	—
Brandis	105	73	20	53	Heilbronn	120	84	48	86
Braunlage	10	3	3	—	Heiligenhafen	20	18	17	1
Braunschweig	1 698	1 292	519	693	Heilmstedt	50	—	—	—
Bremen	427	327	17	310	Hennigsdorf	125	85	49	36
Breitenheim	69	69	48	21	Hergfeld	30	23	28	—
Bremkum	57	56	—	56	Hettensiedelheim	74	43	34	4
Broitzem	40	33	4	28	Hildesheim	75	38	24	14
Brücksal	13	—	—	—	Hirschberg	25	25	11	21
Brückmühl	21	21	20	1	Höchstädt a. M.	136	72	51	23
Brunkbüttel	13	—	—	—	Hof	40	—	—	—
Budenheim	10	—	—	—	Holenberg	61	23	—	23
Burgdamm	14	11	4	7	Holzen	90	74	10	64
Bürgel a. M.	34	21	5	16	Holzminden	35	—	—	—
Bütstädt	6	—	—	—	Homburg	24	—	—	—
Cafse a. S.	265	—	—	—	Horst	24	—	—	12
Cannstatt	150	119	93	26	Husum	43	25	13	8
Caputh	74	53	1	52	Jahnitz	26	26	8	83
Cassel	68	23	14	11	Johannishof	30	21	17	4
Cattenstedt	16	—	—	—	Jonitz	170	160	120	40
Celle	53	46	26	20	Kaiserslautern	38	26	26	19
Charlottenburg	195	147	133	14	Kehlheim	72	56	15	41
Colditz	30	22	16	6	Kellinghausen	39	24	23	1
Cöln a. Rh.	19	19	19	—	Kestenbach	110	94	84	63
Cörlin	18	—	—	—	Kiel	21	21	20	1
Coswig	47	26	2	24	Stein-Bogenburg	58	56	5	51
Cöslin	705	422	296	126	Stein-Steinhüm	82	55	45	10
Danzig	9	9	1	8	Stein-Ziehenheim	30	29	26	3
Delmenhorst	210	172	41	131	Stiepel	335	203	168	35
Dessau	440	281	174	107	Köln-Ehrenfeld	27	18	8	10
Dietrichheim	44	44	44	—	Königswinter	11	8	3	1
Dietrichsdorf	15	9	7	2	Kötze	32	29	19	22
Dodenhuden	10	6	3	3	Krewe	26	25	8	23
Dresden	226	147	110	37	Groß-Kühnau	29	22	8	2
Düsseldorf	68	37	9	28	Lügdersteg, Holstein	140			

Gebiet	Mitglieder	Absgegebene Stimmen	Mit Ja	Mit Nein
Bismarck	23	18	12	6
Büttendorf	78	55	52	8
Wigenhausen	9	3	8	—
Wolfsburg	12	—	—	—
Wolfsburg	72	60	42	18
Wolfsburg	74	68	25	48
Wolmershausen	12	7	2	8
Wülfel	11	—	—	—
Wunsiedel	30	12	12	—
Wurzen	88	—	—	—
Zedern	88	16	9	7
Zerbst	90	73	54	19
Zörbig	10	—	—	—
Zussenhausen	13	12	8	7
Züschnau	82	29	29	—
Zwickau	197	132	98	84
Zwingenberg	10	10	10	—
	39.844	25.400	12.682	12.822

Entlassung und Lohn in Krankheitsfällen.

(Nachdruck verboten.)

Den Gesellen oder Schiffsleutern ohne Kündigung zu entlassen, wenn er zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wird oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet ist, berechtigt den Unternehmer der § 123 (Biffer 8). Die letzte deutlichere Bestimmung lässt ohne Weiteres erkennen, daß die Kündigunglosen Entlassung so lange möglich ist, so lange eben eine Krankheit abschreckend ist.

Die Worte „unfähig zur Arbeit“ lassen aber bei vielen den Zweifel auskommen, ob in diesem Falle auch Krankheit gemeint sei; die nicht abschreckend wirkt. Und doch ist es so; wer durch Krankheit unfähig wird, die Arbeit fortzuführen, kann ohne Kündigung entlassen werden.

Viele Unternehmer aber sind wiederum des Glaubens, daß sie, so lange die Krankheit dauert, nichts zu erklären brauchen und daß sie vielmehr berechtigt seien, wenn der Arbeiter nach seiner Wiederherstellung die Arbeit wieder aufzunehmen will, ihn einfach fortzuhören, etwa mit der Begründung: „Ich habe Deinen Platz besetzt!“

Dazu berechtigt das Gesetz den Unternehmer nicht. Wenn Krankheit den Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeit unfähig macht, so besteht der Grund zur kündigunglosen Entlassung nur so lange, als die Unfähigkeit zur Arbeit eben besteht. Ist während der Dauer dieser Unfähigkeit die Entlassung nicht erfolgt, ist in dem Moment, in dem der Arbeiter fähig ist, die Arbeit wieder aufzunehmen, der Grund zur kündigunglosen Entlassung fortgesunken, und es bleibt dem Unternehmer nur das Recht, den Arbeiter in der gesetzlich vorgesehenen Weise, also mit vierzehntägiger Frist zu kündigen. In dem letzten Falle bedarf es er auch nie der Angabe eines Grundes. Wenn natürlich durch besondere mündliche oder schriftliche Arbeitsverträge die Kündigungsfrist überhaupt ausgeschlossen ist, so hat es dabei sein Bewenden, so daß diesem Falle der Arbeitgeber berechtigt ist, den Arbeiter sowohl während der Krankheit als nach seiner Wiederherstellung ohne Kündigung zu entlassen.

Von diesem letzten Falle abgesehen, wird die Sache natürlich sofort eine andere, wenn die durch Krankheit begründete Unfähigkeit des Arbeitnehmers zur Fortsetzung der Arbeit von einer verhältnismäßig kurzen Dauer ist. Für diesen Fall kommt nämlich die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 616) zur Anwendung, daß der Dienstverpflichtete und dazu gehört der gewerbliche Arbeiter ebenfalls seines Anspruchs auf die Vergütung nicht verlustig ist, wenn er eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen seine Person betreffenden Grund ohne Verschulden an der Dienstleistung verhindert ist.

Die Zeit der Verhinderung als eine verhältnismäßig nicht erhebliche anzusehen sei, ist im Streitfall schwerer zu entscheiden. Jedemfalls wird eine Krankheit, die nur wenige Tage den Arbeiter an der Arbeit hindert und nicht abschreckend wirkt, nicht zu Gründen zu rechnen sein, welche eine kündigungsfreie Entlassung rechtfertigt. Ebenso wenig ist der Arbeitgeber berechtigt, die Entlassung etwa deshalb aufzuprehren, weil er vermutet, daß die Krankheit Arbeiter für einen Zeitraum von erheblicher Länge an der Arbeit verhindern werde; auch damit kann dem Unternehmer nicht geholfen, daß ein Arzt die Verhinderung ausgesprochen hätte. Die Thatsache, daß Arbeiter nach wenigen Tagen wieder hergestellt wäre, würde die Grundlosigkeit der kündigungsfreien Entlassung ausreichend darthun bezw. die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches erfertigen.

Es liegt nahe, hierbei auch die Frage zu erörtern, ob mit dem Lohn steht für die Zeit, in welcher Arbeiter an der Arbeit verhindert ist. Wenn es um eine Behinderung von kurzer Dauer handelt, der Unternehmer dem Arbeiter, falls sich derselbe seinem Lohn bei ihm befindet, auch für die Tage des Fortbleibens den Lohn zu gewähren, und er diesen nur um so viel kürzen, als dem Arbeiter der gesetzlich vorgesehene Krankenversicherung zugesetzt ist.

Ist die Krankheit von längerer Dauer, so hat der Unternehmer, gleichgültig, ob er eine Entlassung des Arbeites vorgenommen oder denselben behalten hat, Arbeiter nicht zu entschädigen für die Zeit, während

Handelt es sich um einen Arbeiter, der nach Absord entloht wurde, so hat der Unternehmer nicht — wie mitunter geglaubt wird — etwa Anspruch darauf, daß für die nicht geleistete Arbeit bezahlt wird. die dadurch hervorgerufene ~~theoretische~~ ^{andernorts} Fertigstellung Ersatz gefestigt wurde. Gegenüber muß der heil der Absordarbeit, denn der Arbeiter vor seiner Erkrankung noch ausgeführt hat, von dem Unternehmer zahlt werden. Es ist in diesem Falle unerschöpflich, die Behinderung von längerer oder kürzerer Dauer oder selbst zur Entlassung führt.

Wenn übrigens trotz Ullerarbeit ein Mindest-
aufsatz vereinbart war, so ist für den Fall, daß das
für die geleistete Arbeit nicht den Mindestauf-
satz würde, welcher auf die Zeit, die auf die Eine-
heit verwendet wurde, entfallen müßte, der Mindest-
aufsatz der Berechnung zu Grunde zu legen.

Irgend welcher Abzug aus dem Grunde, daß die

Der Mitarbeiter hat es also durchaus nicht nötig, Sache einer Erkrankung, sich mit jeder belästigenden Forderung des Unternehmens zu frieden zu geben; er zieht sie in jedem Falle auf ihre Berechtigung hin - und wenn dies falsch nicht völlig aufwiegend ist, Rechtsweg beschreiten.

Theodor Körner.

On der Agitation.

Die Würdigung des Gouvernements für den 8. Okt. zeigte, nahm Endesunterzeichnete eine Agitationstour durch Medienburg-Strelitz, Bönnern, Döla und Lüßprägen; die erste Versammlung in Strelitz war b. a. g. mit einer Mitgliederversammlung, die in einem kleinen, dem einzigen am Ende zur Verfügung stehenden Lokale stattfand. Die Herausstellung einer öffentlichen Versammlung wäre unthwendig und in einem Lokale best. 8 Minuten entfernt liegenden Nachbarorten unmöglich gewesen. Uebewall, in den Schmelzöfen, den Stollgruben, der chemischen Fabrik und nicht zum Wenigsten im Winter beim Buskerladen ist der Sohn fast, die Arbeit jedoch schwer und die Arbeitszeit lang. Hoffentlich holt er die Kollegen durch mündliche Agitation das Bevölkerthe nach.

In Böhl, einem kleinen Dorfe in der Nähe von Strelitz, war die Versammlung sehr gut besucht. Ganz weit waren die Besucher herbeigekommen — langer Landstrecken. Es waren 16 Personen beim Versammlungs-fest.

Eine glänzend besuchte Versammlung, zu der zahlreiche Besucher auch aus Neu-Strelitz gekommen, tagte in Wittenberge. Aufgenommen wurden in die Versammlung nur wenig neue Mitglieder; hoffentlich wird das Diarium noch schwärzen.

Überfüllt war die Versammlung in Witten, wo die abfistelle erst lange Zeit besteht; aber füllt schon sehr gut besiedelt hat. Es ist das nur so erstaunliche, da hier wie überall in der Gegend die Räume zuerst niedrige sind. Dagegen kommt doch die entsetzliche Arbeitslosigkeit. Zu Tausenden begegneten uns die Arbeitslosen. Verschämt wird dieselbe nach durch den Vorgehen der Budefahrt-Gesellschaft, die, statt einheimischen Arbeitern zu beschäftigen, fast ausnahmslos fremde, meistens solen, anstellt. Man sollte meinen, die Geschäftslute, deren Kunden vorwiegend Arbeiter, würden die Stadtverwaltung verlassen, hier vermittelnd einzutreten, der Direktion das Geblüt & die ganze Stadt schädigende Vorgehen im rechten Licht zu legen. Ziehen doch die Auswärtigen nach Heindorf, der Compagnie wieder in ihre Heimath, während die Kunstumkraft & Steuerkraft der Einheimischen außerordentlich geschwächt, doch scheint diese Erscheinung den betreffenden Herren höchst gelommen zu sein. Zu wünschen wäre es, daß einige der ersten Geschäftslute, die in der Versammlung anwesend waren & die anscheinend den Ausführungen bestimmt, ihnen Einfluß anzubieten würden, um die Direktion der Budefahrt zu anlassen, daß sie ihre, das ganze Auländer Gemeindemessen-ldigenden Maßnahmen ändert. Aufgenommen wurden 300 Mitglieder.

Die Versammlung in Wolgast war nicht so besucht, wie es sonst von hier gewohnt waren. 200 Personen, davon reulicherweise über die Hälfte Frauen. Neuaufrnahmen werden nicht erzielt. Bei der vielen Industrie in Wolgast ist bedauerlich, daß so wenig Kollegen organisiert sind. Es wird schwendig sein, daß die Kollegen einmal mit Gewerberat und -dauer sich der mündlichen und schriftlichen Aufforderungen nähmen. Das wird weit wirksamer sein als die bisher angewandte Methode, durch öffentliche Versammlungen, die man durch Anfüllen suchte, daß man die Steuergelder der Städte, in dem jedesmal ein anderer unbekannter Reiter kam, mußte. Dadurch hat man selbst der ganzen Agitation eine gesunde Grundlage gegeben.

In Straßburg, wo eine neue Zahlstelle gegründet werden sollte, hatte es an der richtigen Voragitation geschafft. Versammlung war prächtig besucht, aber leider nicht von den, die wir haben wollten.

Vielen Freunde machte uns die Verformung im Wege zu-
n d e. Nicht nur, weil sie so glänzend bestukt war, sondern
wegen des außerordentlichen Interesses, das die Verform-
ungsbesucher zeigten. Cirka 40 Personen meldeten sich sofort
zum Eintritt. Eine Reihe von Kollegen versprach, im Laufe
Woche den Eintritt zu vollziehen. Es sind alles Biegeler
Leiter, die zu vielen Hunderten in Niederschlesien, Westfalen u. s. w.
überaus fruchtigen Löhnen schaffen. Hoffen wir, daß es der
eins regen Agitationsarbeit unserer Kollegen bald gelingen
soll, das Gros der Biegeler beim Verbände einzuführen, damit
so überaus fruchtbaren Sohnverhältnisse einer Besserung ent-
wickelt werden mögen.

Die nächste Versammlung tagte in Röslin. Wenn
als der Einfluss der Arbeiterbewegung, der Organisation
die Arbeiterschaft in Erachtung getreten ist, so hier,
ist nur, daß die Arbeiterschaft Röslins schon bedeutende
reelle Vortheile errungen hat, Arbeitszeitverkürzung, Lohn-
höhung, deren Folgen sich in besseren Genährtssein und Aus-
schlafsein zeigen, nein, daneben hat die Organisation außer-
ordentlich ergiebigerisch gewirkt. Die Arbeiter sind in Folge
dieser auch geistig und moralisch gehoben worden. Die Ver-
sammlung zeigte denn auch ein ganz anderes Bild, als vor
zehren, wie die Zahlstelle gegründet ward. Damals hatten
es nicht nur mit armen, unmössenden, unsäglich ausge-
setzen Lohnslaven zu thun, die bei 13- und 14jähriger Fra-
gezeit 1,30 Ml. bis im besten Falle 1,80 Ml. verdienten,
diese Ausgebentaten sahen meistens ihr Los ~~als~~ etwas
bändertischer, als ein Städ "göttlicher Weltordnung" an.
es stumpfe, gleichgötliche Sichergeben in ihr Schädel prägte
auch deutlich in ihren Wiesen aus, die dadurch einen
n, blöden, fast thierischen Ausdruck angenommen hatten.

Dagegen heute, da blitzen die Augen viel heller, Muth und Selbstbewußtsein spiegeln das Wohl wieder, selbst die Gastung ist eine andre geworden. Mit welcher Entschlusskraft beschließen sich die Einzelnen an der Debatte. Wie aufgerordnetlich muß das die Einzelnen, die an diesem Werke mitgeschafft, beglückten und erheben.

Obgleich erst im letzten Augenblick bekannt gemacht, war doch die Versammlung glänzend besucht zu Stolberg. Sehr zahlreich waren die Frauen vertreten. Nach dem mit anhängerlicher Ausmusterlichkeit aufgeregtenen Vorfrage traten 16 Personen dem Verbands bei. Von Rothberg ging's nach langer Fahrt nach Lippstadt, einem kleinen preußischen Städchen in der Nähe von Königswinter. Von unseren Mitgliedern arbeiteten eine Anzahl in der Industrie mit auf den Holzplätzen in der Stadt um einen Tagelohn von 1,50—1,70 M. bei 11- und 12stündiger Arbeitzeit, die anderen sind Handarbeiter von den Gütern aus der Umgegend. Weiterswohl aus der Umgegend sowie aus der Stadt waren die Versammlungsbesucher zahlreich herbeigeeilt. Doch in Lippstadt waren nicht ein moderner Ritter Georg, der allezeit bereit, denn „Rechener“ Arbeiterbewegung einen tödlichen Schlag am Haupt zu versetzen. Dazu war die Gelegenheit günstig. Sollte doch gewiß und wahrhaftig eine Frau reden. Das unkte unter allen Klauen verhütet werden. Alles Unheil kann bisher von den Weibern, selbst die Vertreibung aus dem Paradiese ist ihnen geschuldet, tollkühne der Herr Bürgermeister, seien wir deshalb auf der Hut, so lange es noch Zeit ist. Gesagt, gehn! Ging's ward der Bescheid eingang über die Anmeldung der Versammlung einige Sätze angehängt, die den Frauen die Teilnahme an der Versammlung verbot, mit dem Hinweis auf den § 8 des preußischen Vereinsgesetzes. Was thut's, wenn dieser Paragraph von politischen Vereinen handelt und in Lippstadt eine öffentliche Versammlung angemeldet war. So genau ist zu genau! Die Versammlung sollte eröffnet werden, worauf der zur Überwachung erschienene Beamte das Bürgermeisterliche Verbot erneuerte. Wir erklärten dem Herrn, daß wir eine öffentliche und keine politische Vereins-Versammlung angemeldet hätten, daß ferner laut preußischer Verfassung jeder Bräute, also auch Frauen und selbst Kinder das Recht hätten,

Louise Sieg

Eigiale Handschrift.

ansehen sollte, Frauen hätten zu vergeben hatten, da der Verband eine Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder (und darunter vieler weiblicher) im Sinne des § 158 der Gewerbe-Ordnung erstrebe. Halt nichts! Was Räumern etnen Königlich preußischen Beamten solche Bestimmungen, wenn er seine Institutionen besaßten hat. D erklärt uns verschle weigstens: „Der Herr Bürgermeister hat befahl, und das ist für mich maßgebend. Alle weiblichen Personen, also auch die Bedienstetin, dürfen an der Versammlung nicht teilnehmen. Widergenfalls werde ich die Versammlung auflösen. Was?“ Vorauß wir erklären, gut, für heute haben wir uns der Gewalt zu fügen, wir werden uns aber beschweren und dann wieder kommen. Heute können wir höchstens ein Glas Bier mit einander trinken und uns etwas erzählen. Die Anstruktion des Beamten ging aber anscheinend noch weiter: Die Besucher der „aufgelösten“ Versammlung seien 5 Minuten länger im Lokale zu dulden. Das erklärt naiv der Beamte und meinte deshalb, mit dem Biertrinken sei es nichts. Gewiß, antworteten wir ihm, nach der Auflösung der Versammlung darf Niemand dableiben. Vorläufig sei aber noch gar keine Versammlung eröffnet und wir hätten auch gar keine die Ansicht dazu. In anregendem Gespräch, wo über manche Angelegenheit Ratheit geschaffen wurde, blieben die erschienenen noch stundenlang beisammen. Selbstverständlich ist sofort Beschwerde geführt.

Unteren Tages ging es nach Güterburg. Hier war wieder das Lokal abgetrieben worden, und trotz der größten Mühe war es nicht gelungen, ein neues zu finden. Jeder Wirt fürchtet den Militärbesuch, der prompt auf die Vergabe des Saales folgt, und die große „Fürsorglichkeit“ der Polizei.

In Gumbinnen haben die Werbeiter unter außerordentlichen Mühen und Opfern sich ein eigenes Lokal beschafft. Die Versammlung war prächtig besucht. Kopf an Kopf standen die Männer in dem eigentlichen Saal, während ein Nebenturm von den Frauen dicht besetzt war. Das Interesse ist im ganzen Osten ein sehr lebhafstes an der Arbeiterbewegung, nur fehlt es meistens an der nötigen Ausdauer. Sehr erklärlich. Zur langen, kräfteverzehrenden Arbeit kommt die chronische Unterernährung in Folge der hammerisch niedrigen Entlohnung. Woher soll da Kraft, Energie, Bähigkeit und Ausdauer kommen. Im Moment flammt die Begeisterung auf, wenn die Menschen das, was sie instinktiv empfinden, in Worte gekleidet, klar zum Ausdruck gebracht hören. Aber bei der „Lettmühlenarbeit“, fast erdrückt von der täglichen Misere, vergessen sie allzuleicht wieder, umso mehr, wenn am Ende Niemand ist, der sie immer aufsteckt. In Gumbinnen haben wir jetzt glücklicherweise tüchtige Verwaltungsbeamte, die vom Besitzender der Mauter, wenn's noth thut, auch die nötige Unterstützung finden, da wird es hoffentlich vorwärts gehen. Am Versammlungssabend wurden eine Anzahl Mittäufzer gewonnen.

Eine glänzend besuchte Versammlung tagte in Magnit.
Viele Neuauflnahmen wurden hier vollzogen.

Eine glänzend besuchte Versammlung fügte in Tilsit, jedoch von den für uns in Frage kommenden Arbeitern waren recht wenige erschienen. Es ist bereits das zweite Mal, daß die ehemals blühende Sozialfeste in Tilsit vor der Auflösung steht. Es haben eine Reihe von Ursachen zusammengewirkt, die zu dieser bedauerlichen Thatsache führten, der im vorigen Jahre verloren gegangene Streit, in Folge dessen die besten Kräfte Arbeit über Land suchen mußten, und die Kräfte, in Folge deren mehrere große Betriebe stillstanden u. s. w. Der Kollege Kutschat hat versprochen, im folgenden Frühling, in Verbindung mit den noch verbliebenen Mitgliedern, kräftig für die Agitation einzutreten. Hoffen wir, daß die Sozialfeste Tilsit dann zu neuem Leben erwachen möge. — Die heile Versammlung im seruen Osten sollte in Rüß sein. Beider war auch hier kein Vorsitz zu haben. Der Dampfer waren die Kollegen zur Gründung der Sozialfeste nach Tilsit gekommen, um hier ihre eigenen Vorsitz der Genossen die Gründung zu vollziehen. Mit unzähligen Opfern und Mühen müssen die Kollegen versuchen, die unendlichen Schwierigkeiten, die sich ihnen immer aufs Neue entgegenstellen, zu überwinden. Um so mehr ist es anzuerkennen, wenn eine Anzahl Kollegen trotz allerdem aus-

Schon seit Langem war es der lehnlichste Wunsch des Gauvorstandes, sowie der leitenden Genossen in der Elbinger Arbeiterschaft, in Elbing eine Organisation der Fabrikarbeiter zu schaffen. Nochmals doch laufende Arbeit und Arbeitnehmer, für die unsere Organisation die maßgebende ist, in Frage. Leider ist es bisher nicht gelungen, den Grund zu einer Zentrale zu legen; hauptsächlich, weil am Ort eine 1000 Personen starke Lokalorganisation besteht, die aber zuletzt zweit ist, als

In einer sehr gut besuchten Versammlung am 20. v. M.
machten wir den Anwesenden klar, daß wir auf dem bisher
beschrittenen Wege wohl in allerlei Fällen eine Unter-
stützung von Ihrer Organisation beziehen, niemals aber eine
Verbesserung ihrer Lohns- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen
im Stande seien, und empfahlen den anwesenden Mitgliedern,
sowie dem Vorstande des Sozialvereins, in Ihrer Mitglieder-
versammlung darauf hinzuwirken, daß sich die Mitglieder
unserer Organisation anschließen, soweit sie Fabrik- und Güter-

arbeiter sind. Die Hochrechtsattiglier verhindern auch, ihren Einfluss nach dieser Versammlung gelten zu lassen und erläuterten selbst: Was unserem Vortrag für den Sozialverein nichts für event. Bohrungen gebe. Derselbe wird vollständig für Untersuchungsgerüde aufgebracht. Mit einer Anzahl füllt zum Beitrete meldender Personen, darunter der Vorsitzende und Rässites des Sozialvereins, wird der Saal gelegt für eine Zahlstelle, die hoffentlich sitzen und gesessen wird. — Die letzte Versammlung tagte in Stolp. Die Arbeiter haben hier obwohl nur ein kleines Sozial, das höchsten 150 Personen füllt. Sowohl Polizeiverordnung dürfen jedoch nur 81 Personen darin Platz nehmen, so daß die längs der Wände stehenden Bänke noch zum Theil leer bleiben. Alle übrigen Besucher werden gesammelt gezeigt auf dem Vorhof, in einem kleinen Nebenraume und auf der Treppe. In den letzteren Räumen ist augenscheinlich der Fußboden stärker als im Saale, da die Beschränkung der Personenzahl für den letzteren erfolgt ist, um — ein Herunterbrechen des Fußboden zu verhindern. Die Versammlung war gut besucht, leider am wenigsten von den für uns in Frage kommenden Arbeitern. Es meldete sich zum Beitrete nur ein Einziger. Jedoch haben die Polizearbeiter und Männer versprochen, die weitere Agitation in den Orten zu unterbinden.

in die Wege zu leiten.

Die Agitationstour, eine ungemein beschwerliche, nicht nur wegen der Überwindung der vielen bereits geschilderten Schwierigkeiten, sondern auch wegen der endlosen Bahnsfahrten zwischen den einzelnen Versammlungsorten, brachte uns eine habsche Zahl neuer Kämpfer; an einigen Orten sind entweder neue Zählstellen oder mindestens Anknüpfungspunkte geschaffen, vor Allem aber ist allerorts den Kollegen und Kolleginnen der Ruth aufgefrischt, sie zu neuer Agitationsarbeit angespornt, an manchen Orten ihnen Auskündigung über Fragen der Verwaltung gegeben. Offiziell gestagt es in nächster Zukunft, in den größeren Orten Ost- und Westpreußen, wie in Königsberg und Ebing, leistungsfähige Zählstellen zu benennen, von denen die Agitation in die Umgegend getragen werden kann. Es wäre das auch ein wünschenswerter Rück-

werden kann. Es wurde dies durch ein wissenschaftliches Institut aus-
geht für die bereits bestehenden kleineren Zahlstellen.

Louise Bieg.

Soziale Rundschau.

— Ein beim Verlassen des auf dem Betriebe befindlichen Schlafraumes erlittener Unfall gilt nicht als entzündungspflichtig, wenn der Arbeiter den Schlafraum nicht zu dem Zwecke verließ, im Betriebssinne eine Arbeit zu verrichten. Der Arbeiter Sch. verunglückte am 18. April 1902, als er den ihm vom Ziegeleibesitzer M. überwiesenen Schlafraum aus der Ziegelei Abends verließ und eine Treppe passierte. Es erfolgte Ablehnung des Anspruches auf hinterbliebenenanteile in allen Instanzen, vom Reichsversicherungsamt durch Entscheidung vom 27. September 1902 mit nachstehenden Gründen: Das Reichs-Versicherungsamt hat in Über- einstimmung mit dem Schiedsgerichte den Unfall, durch den der Chemiker der Klägerin zum Leben gekommen ist, nicht als Unfall „im Betriebe“ ansehen können. Der Unfall ist zwar innerhalb der Betriebsräume, auf der Treppe, die vom Schlafraum zum Hof führt, geschehen; auch war Sch. zur Benutzung des von dem Arbeitgeber eingerichteten Schlafraumes verpflichtet. Zugleich aber fehlt der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Betriebe, denn Sch. ist weder bei der Betriebshandlung, noch durch eine dem Betriebe unverbundene Gefahr verunglückt. Der Grund, aus welchem Sch. in der Nacht die Treppe hinabstieg, steht zwar nicht sicher fest. Dach ist das Wahrscheinlichste, daß er den Schlafraum verlassen hat, um ein Bedürfnis zu verrichten. Dieser spricht einmal die Angabe der Klägerin, daß ihr Chemiker blaßleidend gewesen sei, und ferner die Vermögung, daß sich für einen anderen Unfall, aus welchem Sch. in der Nacht das Bett verlassen haben sollte, kein Inhalt ergibt. Die Annahme des Ziegeleibesitzers H., daß der Berichterstatter vielleicht noch nachträglich das Maschinenhaus habe ersetzen wollen, ist nichts als eine Vermuthung, für die zugend ein Beweis nicht erbracht ist. Die Handlung, bei welcher Sch. verunglückt ist, lag daher in seinem Interesse.

Gloss 3.

Die diesjährige Konferenz tagte am 16. November, Vormittags 11 Uhr, in Düsseldorf. Da der Gauvorsitzende den Zug versäumt, somit am rechtzeitigen Erscheinen verhindert war, so wurde die Eröffnung vom Kollegen Brey vorgerommen, dieser als Vorsitzender, Ruhel-Öttersleben als Führer der Rednerliste und Hossmanus-Mogendorf als Schriftführer gewählt. Es wird zunächst ein Antrag verhandelt, welcher den Sitz des Gauvorstandes verlegt oder den jetzigen Gauvorsitzenden nicht wieder gewählt wissen will. Der Antrag wird bis nach der Berichterstattung des Gauvorstandes zurückgestellt. Ein Antrag, daß der Schriftführer der Konferenz von der Zahlstelle gestellt werden müsse, wurde, nachdem in der Debatte auf seine bedenklichen Folgen hingewiesen worden war, zurückgezogen. Die Feststellung des Rednerlisten ergiebt die Anwesenheit von 13 Delegirten. Der inzwischen eingetroffene Kollege Matthes berichtet, daß der Gauvorsitz im letzten Jahre 30 öffentliche Versammlungen veranstaltet habe. Er habe allübereilt eingeprischen, wo nach seiner Ansicht ein Eingreifen erforderlich gewesen wäre. Auf Kritikerkundungen der Zahlstellen habe er nicht erst gerichtet. Ein Verhandlung sei wieder eingegangen. Auf Anfrage des Kollegen Alhelm erklärt Kollege Matthes, wo die Versammlungen abgehalten sind. Nach einer längeren Debatte, in der die Thätigkeit des Gauvorstandes abfällig besprochen, daß Ünachtsessen der Zeitungsgäste einer Agitationsschrift getadelt wurde, fragte Kollege Dannehl an, wo das statistische Material aus dem Gau geblieben sei. Brey erklärt: Wie in Offenbach, so sage ich auch hier, daß ich statistisches Material vom Kollegen Matthes nicht bekommen habe; er hat inzwischen erklärt, nicht das Material, sondern

Rund in Verbindung zu treten, um die Agitation recht eifrig zu gestalten. Kollege Hoffmann-Wagelsberg beantragt, den Vorsitz, nach welchem die Befehlshaber dem Gauvorstand & Kreis übersehenden sollen, unter Bekämpfung zu legen. Es wird dementsprechend beschlossen. Es wird zur Wahl des Ortes für den Sitz des Gauvorstandes übergegangen, dabei steht der Antrag Wöhrel mit zur Verhandlung, der aber, nachdem Kollege Maubach eine Wiederwahl ablehnt, zurückgezogen wird. Durch einstimmig wird beschlossen, die Konferenzen in Zukunft immer in dem Wittmund des Jahres abzuhalten. Über die Institution der Befehlshäber Hannover, Darmstadt &c., Standort und Bereich wird zur Etagessitzung übergegangen. Durch Abstimmung wird festgestellt, daß die geplanten Sterbefüsse mit dem Gau nichts zu thun habe. Um 5 Uhr wird die Konferenz geschlossen.

Die Konferenz des Gauß 15

tagte Sonntag, den 16. November, im Arbeitshaus zu Ketschenheim. Vertreten waren der Gauvorstand, der Vorstand des Zusatzfonds, Kollege Ströbel-Offenbach, sowie 32 Orte durch 33 Delegierte. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Bubenheim, Wörschweiler, Finthen, Friedberg, Großhaubach, Giebel, Hof, Rosheim, Marienborn, Schwaningen, Tiefenbach, Wallkirchen und Wunsiedel. In das Bureau wurden Kollege Knödel-Offenbach als 1. und Vizevorsitzende als 2. Vorsitzender, Kollege Gonzenheim als Schriftführer gewählt. Der Bericht des Kollegen Knödel umfaßt die Zeit eines dreiviertel Jahres. Auf der letzten Konferenz in Mainz war der Beschuß gefasst, Extraktionsformulare an die Zahlstellen zu vertheilen, was auch von Seiten des Gauvorstandes geschah, und haben aus 37 Orten ihre Berichte zurückgesandt. Nach der Zusammenstellung waren am 1. Januar 1902 in diesen 37 Zahlstellen 2187 Mitglieder, und zwar 1892 männliche und 295 weibliche, vorhanden. Am 1. Oktober 1902 hatten diese Zahlstellen 2384 Mitglieder, und zwar 2151 männlich und 233 weibliche, inthrin einen Anwachs von 277 Mitgliedern. In den 37 Zahlstellen wurden in dem dreiviertel Jahre 360 Mitglieder-Berichtigungen abgehalten, so daß durchschnittlich auf jede Zahlstelle 9 Berichtigungen führten, die Art schwankt jedoch zwischen 1 bis 24 Berichtigungen. öffentliche Versammlungen wurden 53 abgehalten, darunter 23, welche vom Gauvorstand vorangestellt waren. Der Betriebsstoffbestand betrug in diesen 37 Zahlstellen 1459,71 Mtl. Beschwerden waren dort eingegangen, die ebenfalls ihre Erledigung fanden. Der vierjährige Beschuß der Konferenz bezüglich zweier Agitationssätze wurde vom Hauptvorstand abgelehnt. Errichtet wurden acht neue Zahlstellen, nämlich Weiskirchen, Giebel, Tiefenbach, Wombach, Eschbach, Amtshaus, Rüsselheim und St.-Sebastheim. Zwei Zahlstellen gingen ein und zwar Wormsstadt und Überach. Es steht der Gau nun gegenwärtig 45 Zahlstellen. An Korrespondenzen gingen ein 72 Briefe, 87 Postkarten, 2 Packete und 8 Geldsendungen. Versandt wurden 67 Briefe, 165 Postkarten, 24 Packete, 82 Drucksachen und 1 Depesche. Bei Sohnabgrenzungen wurde der Gauvorstand zweimal angerufen und zwar in Hanau und Großhaubach. Meinungen fanden im Ufange des Hauptvorstandes vier statt, doch wurde dabei Alles in Ordnung befunden. Der Gauvorstand erledigte seine Geschäfte in 14 Sitzungen. Der Gauvorsteher Kollege Knödel erwähnte noch zum Schlus, wenn die Delegierten der Meinung seien, der Gauvorstand hätte bezüglich der Agitation mehr than Manen, so sollten dieselben die sehr bescheidenen Mittel, die der Gauvorstand zur Verfügung zu stellen hat, ja nicht vergessen zu berücksichtigen. Der Kollege Heizler-Offenbach eröffnete sodann den Kassenbericht und betrugten die Einnahmen 500,88 Mtl., die Ausgaben 427,43 Mtl., wodurch ein Kassenbestand von 73,55 Mtl. An diese beiden Berichte schloß sich eine recht lebhafte Debatte, an der sich ein großer Theil der Delegierten betheiligte und die zum größten Theil darin gesellte, daß man mehr Gewicht lege auf die Kleinarbeit, wie Werkstätten-Sammlung, Hausagitation, so wie es die Umstände von Orte am Besten möglich machen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Der Kollege Heizler-Offenbach berichtet dann über die Revisionen der Kasse und erklärte, daß Alles in bester Ordnung gefunden hätten. Darauf wurde dem Gauvorstand auf Antrag des Kollegen Bleck einstimmig Decharge ertheilt. Unter Punkt „Anträge“ lag ein Antrag von der Zahlstelle Oberursel vor, welcher besagt, eine kräftige Agitation unter den Arbeiterinnen von Oberursel und Umgegend zu erhalten, ferner Stellung zu nehmen zu den Verhältnissen in der Stahlmetall- und Bronze-Fabrik von Schöpfloch in Giebelstadt. Dieser Antrag wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen; ebenso ein Antrag Gonzenheim, der den Zweck haben sollte, daß von dem Gauvorstand für die Zukunft gedruckte oder hectographirte Mandatsformulare an die Zahlstellen vor jeder Konferenz zu schicken sind, welche die Delegierten ausgefüllt mit zur Konferenz zu bringen haben. Zu dem Punkte Arbeitslosenunterstützung entspann sich hierauf eine längere Debatte, in welcher sich mehrere Redner für und gegen die Abschaffung dieses Punktes von der Tagesordnung aussprachen. Schließlich wurde der Antrag Hächtl-Offenbach für die Abiegung von der Tagesordnung mit großer Mehrheit angenommen und zwar mit der Begründung, daß man bereits die Abstimmung theils schon erledigt, theils noch im Gang sei. An keinem Resultate würde die heutige Debatte doch jedenfalls nichts mehr ändern. Zum Sitz des Gauvorstandes wurde sodann Offenbach wiedergewählt. Als Ort zur Abhaltung der nächsten Gaukonferenz wurde Hanau unter neuen Beamtern gewählt. Unter „Beschiedenes“ gelangten noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache und schließen dann der Vorsitzende, Kollege Knödel,

Zu die Bevollmächtigten und Vertrauendleute
der Sektionen der Centralvereine.

Ja den nächsten Tagen erhalten die Bevollmächtigten der Zahlstellen der Centralvereine eine Fragekarte von der Generalkommission zugesandt, auf welcher Kenntniss über die von der Zahlstellenverwaltung eingerichtete Schiedsvermittlung gegeben werden soll.

Wir richten an die Beratensstelle die bringende Karte auszufüllt bis zum 20. Dezember abzenden.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

Paroles d'individus

Korrespondenzen.

Mitton-Ottensen. Neben die gewöhnlichen Wege der Gewerkschaftsräte referierte der Arbeitsschreiber Müller in der am 18. November tagenden gemeinsamen Versammlung. Nebst den öffentlichen Arbeitserhältlichkeiten referierte dann Kollege Wiesenbauer. Er stellte auf Grund der sich abgespielt habenden Ereignisse fest, daß die Chocoladenfirma Gartmann sich das Recht herausnehme, ihren Arbeitern und Arbeitern sowohl bei Besuch von Versammlungen, als auch das Wahlrecht zu verbieten; bei Nichtbeachtung des Verbots erfolgt Entlassung. Beschämend für die Arbeiter ist es, daß die Firma noch keiner aus den Reihen der Arbeiter finden konnte, die ihr Entgegenwirken leisten, indem sie der Firma hinterbrachten, wer die Versammlung besucht und was in der Versammlung geredet worden ist. Im Interesse der Arbeiter liege es, bei Einschaltung

von Geschwader darauf zu achten, in welcher Fabrik diese hergestellt ist. Die Firma Gartmann hat in Hamburg-Ulstein und auch in anderen Städten Verkaufsstellen aufgestellt, diese in Bewegung zu sehen, werden unsere Kollegen sich gewiss bestreiten. Nach eingehender Debatte wurde einstimmig beschlossen, über die Firma die Spur zu verhängen.

Kassel. Am 22. November tagte unsere Mitgliederversammlung. Grosser Zuspruch hielt einen Vortrag über: „Die Bestrebungen der Organisation in neuerer Zeit.“ Redner verstand es, in seinem Vortrage, den Zweck der Organisation und die Freiheit der Mitglieder an dieselbe klar vor Augen zu führen. Daraus sprach Redner über die Arbeitslosenunterstützung und empfahl deren Einführung. In der Debatte wurden auch Stimmen laut, die vor Einführung der Arbeitslosenunterstützung warneten. Daraus wurde die Urabstimmung vorgenommen.

Magdeburg. Am 22. November tagte eine außerordentliche Versammlung, die zunächst den Bericht von der Gaulkonferenz entgegennahm, welcher vom Kollegen Hoffmann erstattet wurde. In der Debatte wurde es von einer Anzahl Redner bedauert, dass die 5 Prozent der Einnahme nicht mehr an den Gas gespendet werden. Alsdann wurde zur Wahl des Gauvorstandes geschritten. Unter Punkt 2 wurde die Resolution des Zahlstellen Hannover R.-O. verlesen, worauf Übergang zur Tagesordnung erfolgte. Der 3. Punkt der Tagesordnung wurde ausgefüllt durch den Gesellschaftsbericht über die Zahlstelle. Daraus muhste man entnehmen, dass Kollege Matthes die Mitgliederliste so gut wie gar nicht gefüllt hat. Daraus folgendes Verbot:

Meissen, den 14. November 1902.

Aus einem für die allgemeine Veröffentlichung bestimmten Blatt ist uns bekannt geworden, dass in der von Jäger . . . am den 15. dieses Monats Abends 8½ Uhr in das „Restaurant Turnhaus“ einberufenen öffentlichen Versammlung ein Kauz Namens Graubär als Redner über das Thema: „Der Kampf ums Dasein“ aufgetreten habe. Auch nach der Person des vorgedachten Redners und aus dem Umstände, dass dessen Aufstehen bei der Anmeldung der Versammlung der Polizeibehörde gegenüber verschwiegen worden ist, anzunehmen ist, dass der Zweck der Versammlung darin besteht, zu Gesetzesübertretungen gezeigt zu machen und die Versammlung eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zur Folge haben kann, so wird hiermit polizeiweisen die Abhaltung der eingangs bezeichneten Versammlung verboten. Nichtbehörigung dieser Verfügung wird die sofortige Auflösung der Versammlung und die Bestraftung aller beteiligten Personen zur Folge haben.

Der Stadtath. Abtheilung für Sicherheitspolizei.

Dr. Goldfriedrich.

Wir meinen, Herr Dr. Goldfriedrich hätte ja ein Dutzend Schritte zur Verhinderung finden können, um den Redner von der Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu hindern. Die Kollegen und Kolleginnen werden daraus ersehen, dass man die gewerkschaftlichen Vereinigungen von gewisser Seite hält. Umso mehr ist es eben Pflicht aller Arbeiter und Arbeitnehmer, trenn und fest zusammen zu halten, damit uns derartige Versammlungsverbote nichts schaden können.

Münster a. N. Die Mitgliederversammlung, welche am 15. November tagte, stimmte mit überwiegender Mehrheit für Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Im weiteren Verlauf wurden die Zustände auf der Bleiweiß- und Farbenwarenfabrik der Firma Bürgers einer Kritik unterzogen. Es wurde besetzt, dass auf diesem Bette die Ansprüche, die man in Bezug auf humane und gerechte Arbeitserfüllung in einem die Gesundheit der Arbeiter so gefährdenden Betriebe stellen könnte, nicht erfüllt seien. Einer Kritik der Zustände auf ihrem Betrieb begegnet die Firma dadurch, dass sie nach den Grundlagen ihres Stamms jeden in ihrem Machtkreis sich befindenden Arbeiter entlässt. Das wird uns aber an der Agitation für unsere Sache nicht hindern. — Über die Hannoversche Feierabendversammlung wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Nienburg a. d. W. Vor einigen Monaten berichteten wir von dem Verbot unseres Stiftungsfestes. Wir führten dabei an, dass der Bund der Landarbeiter, eine politische Organisation im rechten Sinne des Wortes, trotz des § 8, nach welchem uns das Gesetz verbietet wurde, ein Vergnügungsabhalten konnte, an welchem natürlich auch Frauen teilnahmen. Wir nahmen an, dass das gleiche Recht, das den Bünder zu Theil wurde, auch uns werden müsse, und erhoben Beschwerde beim Regierungspräsidenten. Die uns gewordene Antwort lautet:

„Wenn auch noch dem Verbandsstaat die Förderung aller politischen Fragen angeschlossen ist, so hat die Zahlstelle doch durch ihr thatsächliches Verhalten erlauben lassen, dass die Förderung politischer Gegenstände mit zu ihren Zielen gehört. Das ergibt sich aus dem Bericht ihrer offizieller Delegierten 1892, am 7. Juni 1898 und am 23. Juni 1901 stattgehabten Verhandlungen. Auch die Vertheilung der sozialistisch-sozialdemokratischen Zeitung „Der Proletarier“ an die Mitglieder der Zahlstelle auf Kosten des Verbandes lässt daran hoffen, weil dadurch eine Förderung der sozialdemokratischen Bewegungen bereitzt wird.“

Wie stellen es für vollständig entgegengesetzt, dass die Zahlstelle Kielburg, die erst im November 1900 gegründet wurde, bereits in den Jahren 1895 und 1896 gegen den heiligen Geist des preußischen Vereins- und Versammlungsgeistes so verhindert haben könnte und führten mit der festen Hoffnung auf Erfolg Schwörde beim Oberpräsidenten.

Das war im August d. J. Schon befürchteten wir, die Zahlstelle sei gar nicht an ihrem Bestimmungsorte angesiedelt, weil wir gar keinen Besitz erhielten. Die Verhandlungen waren aber unbedeutend. Unter dem 4. November erschien mit dem Bescheid,

dass die angeblich im Mai 1900 errichtete Zahlstelle des Bezirks A der Fabrik, Lenz, Hilfsarbeiter und Arbeitnehmer ebenfalls als eine Fortsetzung oder Erweiterung der im Jahre 1897 eingegangenen Zahlstelle angesehen werden muss. Daraus folgt der Maßnahmen schließen, dass der frühere Betreiber der Zahlstelle ist, und wenn ergibt sich aus den Statuten, dass die Ziele der Zahlstelle nicht dieselben gewesen sind. Der Herr Regierungspräsident war daher dorthin bestrebt. Bei der Beurteilung der Zahlstelle den Bericht der am 6. Dezember 1899 und am 7. Juni 1896 abgeholtenen Versammlungen in Betracht zu ziehen.“

In dem Bescheid des Oberpräsidenten wird dann noch bestimmt, dass die Zahlstelle, welche Lenzsche Betriebsstätte hergestellte, sei in einer öffentlichen Zahlstelleversammlung. Zweit seien Sachen sozialpolitischer Natur behandelt werden, deren Förderung nur den Zweck einer Förderung der bestehenden Einrichtungen des Staates und Gemeinschaft der geltenden Gesetze gezeigt haben.

„Und als letzter Grund markiert hier auch wieder die motorische sozialdemokratische Zeitung“ auf.

Wir haben uns nun an den Minister gewandt. Wir sind neugierig, ob auch dieser dem Entscheid der Vorinstanz beitreten und unsere Zahlstelle als „erblich belastet“ erklären wird.

Offenbach am Main. In der am 1. Dezember tagenden Versammlung wurde der Gauvorstand gewählt: als Vorsitzender Kollege Knödel, als Kassierer Kollege Berg. Daraus erfolgte die Wahl einer Agitationskommission. Alsdann hielt Herr Reichert aus Leipziger einen Vortrag über: „Wie höher wir unseren Körper ab?“ Er betonte u. a., dass der Mensch hauptsächlich auf Reinlichkeit des Körpers und der Wäsche und auf eine lustige Wohnung sorgen soll. Auch soll der Mensch den Genuss von Branntwein vermeiden, der sein Wärmermittel, sondern ein Herz- und Gehirngift sei. Nach Beendigung seiner Anschriften wurde dem Vorsitzenden von der Versammlung lebhafter Beifall gezollt.

Potsdam. Am 20. November tagte unsere Mitgliederversammlung. Nach dem Bericht von der Gaulkonferenz drückte der Delegierte sein Bedauern aus, dass auf dieser die Zeit mit endlosen Geschäftsförderungs-Debatten und durch Behandlung minder wichtiger Verhältnissegegenstände zum Nachteil der wichtigen Arbeitslosen-Unterstützung und Besoldung des Gauvorstandes verbraucht worden sei. Die Besoldung des Gauvorstandes sei eine dringende Notwendigkeit, und hätte diese eine die Angelegenheit erschöpfende Aussprache erfordert. Zur Regelung der Urabstimmung wurde eine Kommission, aus 5 Kollegen bestehend, gewählt. Über die Resolution aus Hannover wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Lohnkommission legte folgende Anträge zur Beschlussfassung vor:

1. Dienstjenigen Arbeiter, welche als Arbeitswillige während des Streiks gearbeitet haben, dürfen nur durch Versammlungsbeschluss wieder aufgenommen werden und müssen für drei

Monate sämmtliche Beiträge nachzahlen.

2. Dienstjenigen, welche Unterstützungen begegnet haben, dürfen nur durch Versammlungsbeschluss aufgenommen werden und müssen für sechs Monate

sämmtliche Beiträge nachzahlen.

Personen, welche sich von der Organisation abmelden, von der Abmeldung bis zur

Ziederanmeldung nichts verschuldet haben, sind als neue Mitglieider zu betrachten; Andere, welche was verschuldet haben, sind wie Arbeitswillige zu behandeln. Denjenigen Kollegen, welche sich ohne genügenden Grund abmelden, ist keine Abmeldung auszustellen. Die Versammlung erklärte sich mit den von der Lohnkommission gefassten Beschlüssen einverstanden. Nach Erledigung eiliger lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Ruhla t. Thür. Wir halten es für angebracht, noch nachträglich über einen Fall zu berichten, der sich vor einiger Zeit in dem größten Betriebe hier am Ort, in der Metallwarenfabrik von Gebr. Thiel, G. m. b. H. (ca. 1500 Arbeiter), abgetragen hat. Dasselbe wurde am 30. Oktober, Morgen zwischen 6 und 7 Uhr, unser Kollege, der Stampfer Fritz Borbe, mit durchschneitem Hals aufgefunden. Er lag im Schrein, nach seinem Arbeitsplatz, und wurde, da er noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nach seiner nahen Wohnung gebracht. Was ihn zu diesem traurigen Schritt veranlasst hatte, sollte uns nicht verborgen bleiben, denn bei ihm lag ein Bettel, auf dem er geschrieben: „Liebe Angehörige und Freunde! Der Lohnabzug – die Behandlung von Direktor Heinrich Thiel und die Falschheit und Niedertracht vom Schreiber haben mich so weit gebracht, mich erlöste mir der Tod. Euer unglaublicher Freig.“ Auf der Rückseite des Bettels stand: „Meine Gedanken sind zerstört. Bitte, verzicht mir. Gott schütze meine Familie! Lebt wohl.“ Besagter Schreiber war Borbe's direkter Vorgesetzter. Der Lohnabzug, über den auch wir schon schrieben, begann bei Borbe 8 Pf. die Stunde. Dörfiger Fall wurde nun im „Gothaischen Volksblatt“, unserem Parteiorgan für Coburg-Gotha, veröffentlicht und kritisiert. Darauf ließ die Firma Gebr. Thiel in dasselbe Blatt eine Erklärung eintreten, des Inhalts, dass auf die Anklagen Borbe's vor und nach der That kein Gericht zu legen sei, da er nach ärztlichen Gutachten gestrig nicht tot gewesen sei. Durchaus aber der klare Gesicht verdeckt wurde, darüber verlautbart nichts. Uns deutet, die verhängnisvolle That und die geistige Unklarheit des Kollegen sind auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen.

Stockelsdorf. Unsere Mitgliederversammlung tagte am Sonntag, den 23. November, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Baeta in Fodenburg. Zunächst wurde der Bericht von der kombinierten Sitzung gegeben und mit Beifall angenommen. Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde ein im Bauauftrag arbeitender Kollege aufgefordert, sich in Zukunft streng an die Bedingungen zu halten, die bezüglich Arbeitszeit und Bezahlung im Bauauftrag gelten, und das allgemeine Interesse der Arbeiterorganisation zu pflegen; dann sollte er noch einmal mit einer Stütze abstimmen, andererfalls würden andere Maßnahmen gegen ihn ergriffen. Erneut wurde über das Vor gehen der Zahlstellen Hannover, Hannover-Nordost, Linden und Kleefeld verhandelt und über deren Resolution zur Tagesordnung übergegangen.

Wandsbek. In der Versammlung vom 11. November beim Kollegen A. Behn, Sternstraße, wurde das Indument der verstorbenen Kollegen Süße, Michaelis und Ehrenberg in würdiger Weise geehrt. Hierauf verbreitete sich Kollege Timmermann über: „Zweck und Nutzen der Arbeitslosenunterstützung“. In die Wahlkommission zur Urabstimmung wurden 5 Kollegen gewählt. Der Bericht vom der Gaulkonferenz erstattete Kollege Timmermann. Hierüber entpuppte sich eine lebhafte Debatte, da die Versammlung sich nicht mit den vorliegenden gefassten Beschlüssen einverstanden erklären konnte. Es wurde beschlossen, wenn möglich, den Gauvorstand zur nächsten Versammlung einzuladen. Die Protestresolution der Zahlstelle Hannover wurde abgelehnt. Ein Antrag von Bruns, die Erhöhung der Bevollmächtigten angemessen zu erhöhen, wurde angenommen.

Wittenberg. Am 15. November tagte eine mögig besuchte Versammlung, in der Kollege Hößler-Altenburg über: „Die wirtschaftliche Krise und deren Folgen für die Arbeiterklasse“ referierte. An das Referat knüppte sich eine längere Diskussion, an der sich die Gen. Biegler und Klaus beteiligten. Letzterer, wie stets, in nicht sachlicher Weise. Sechs neue Mitglieder wurden gewählt. Dieses war, auf den Besuch und die Ausführungen von Seiten Klaus Rückicht genommen, ein bestreitender Erfolg.

Am darauffolgenden Sonntag Nachmittag wurde mit zwei Wittenberger Kollegen eine Hausagitation vorgenommen, wobei außer einer ganzen Reihe Kollegen, welche ihren Beitritt für später sicher in Aussicht stellten, noch weitere vier Mitglieder gewonnen wurden. Der Aufschluss bei der Hausagitation waren noch mehr geworden, wenn noch mehr Zeit zur Verfügung geblieben wäre. Die Wittenberger Arbeiter haben es aber dringend nötig, sich besser wie bisher an der Organisation zu beteiligen, denn bei Standorten von 19 bis 25 Pf. mit seltenen Ausnahmen einige Pfennige höher, und den dortigen Wohnung- und Lebensmittelpreisen läuft sich wirklich nicht rentenmäßig leben. Trotz dieses Elends giebt es in Wittenberg nicht viel über 300 organisierte Arbeiter, doch portion, die 900 Hirsch-Dunkerianer rechnen sich ja auch zu den organisierten Arbeitern, wenn sie ihre Mitglieder in Notfällen unterstützen und mit den Arbeitern in Kontakt stehen. Besser wäre es allerdings, wenn sich diese Herten Arbeiter etwas mehr um die Verbesserung ihrer Lage kümmerten, als um die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Hier hat die Arbeit aller freien Gewerkschaften einzzu-

legen, denn bei der Beplätzung in zwei Lager ist es nicht möglich, die traurigen Verhältnisse auch nur einigermaßen zu verbessern. Darum an die Arbeit, Wittenberger Arbeiter! Unsere dortige Zahlstelle ist jetzt aus kleinen Ansätzen zu einer solchen mit über 80 Mitgliedern gewachsen, die jährliche Bevollmächtigung ist sich ihrer Aufgabe bewusst. Wenn erst jeder Kollege praktisch mit agieren hilft, so wird in kurzer Zeit die Mitgliederzahl auf eine derartige Höhe kommen, dass einmal ernsthaft an die Verbesserung der traurigen Lage gedacht werden kann.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 9. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Fall Krupp. — Zum Ausbau unserer Organisation. Von Wilhelm Dittmann.

Zum Hartkohlenstreik in den Vereinigten Staaten. Von Edmund Deuts. — Ueber die Ansätze der Lehre vom Klassenkampf. Von Georg Plechanow. I. — Die höhere Gewalt als Erfahrungssquelle in technischen Betrieben. Von J. German.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 32 Pf. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnommt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probe-Rummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Bekanntmachung.

Das Adressenverzeichniß soll herausgegeben werden und bitten wir deshalb alle in Bezug auf zweite Bevollmächtigte, Verkehrslokale und Reisegeschäftsanzahlungen eingetreteten Mandaturen uns sofort mitzuteilen.

Mit toll. Gruß

Ang. Brech.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeiträge quittiert, eine Spezialisierung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 12. November folgende Beträge ein:

Dessau 10.—. Celle 4.20. Gevelsberg 21.80. Mundheim 56.45. Spanien 34.50. Grevesmühlen 12.55. Stade 3.15. Freising 12.20. Paunsdorf 75.00. Wedel 1.0. Q. 71.35. Elster 26.10. Schwerin 19.40. Michendorf 6.60. Ihlowhorst 48.50. Barmstedt 38.55. Holzminden 52.80. Stuttgart 9.10. Königstein 8.70. Rübeland 131.94. Langenbielen 1.20. Brakte 20.—. Rehbergs 200.—. Mainz 147.25. Rendsburg 129.84. Küppersteg 21.80. Göppingen 71.75. Freital 3.—.

Schluss: Dienstag, den 9. Dezember, Mittags 12 Uhr.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Groß S. (Sitz Magdeburg.) Vorsteher Gottl. Bannister, Speicherstraße 23, Seitenflügel. Kassier Carl Ulrich, Hundisburgerstraße 25.

Auberten-Mülsburg. Vertrauensmann: A. Schneider, Mülsburg, Liebrechtsstraße 198, I.

Aken. O. Henning, Göltzendorf.

Bornstädt. Paul Brödse, Bornim, Grenzstraße 1.

Bitterfeld. Fr. Glüther, Burgstraße 40.

Eisenberg (Mkrl.). Joh. Gaul.

Gremendorf. Gustav Becker, Nr. 61.

Halle (Süd). Ernst Thiel, Alter Markt 32.

Haguhn. Ab. Möbius, Köpfergasse 101.

Gebnitz. Emil Ruth, Obergasse 89.

Briefkasten.

Schlutup. Solche „Glückwünsche“ darf der „Proletarier“ nicht mehr bringen. Nübeland. Solche Berichte über Vor-schläge der Bevollmächtigten, Beschlussfassung über Vergangen u. dergl. dürfen im „Proletarier“ nicht mehr zur Veröffentlichung kommen.

Gruß D. R.

Briefkasten.

Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden statt am zweiten Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn Mag Klupp, Diedrichstraße 19.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist eingeladen und berechtigt, Anträge zu stellen.

1.2 Mt.

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Bornim-Bornstädt. Unsere Sitzung wird jeden Sonntag, Nachmittags 9 Uhr, im Lokale der Witwe Krüger abgehalten. [0.60 Mt.]

Zahlstelle St. Georg.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 17. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Hommel, Nagelsweg 31. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. [0.75 Mt.]

Zahlstelle Welten i. M.

Mittwoch, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, findet bei Grunow in unsere Mitgliederversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen unbedingt notwendig. 1.05 Mt.]

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Züllichow.

Am Sonntag, den 21. d. Ms., Nachmittags 3 Uhr, im Züllichower Schlosshause Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schneider; 2.